PB.W-01-314

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Martin Specht (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 313 bis 317:
Unternehmen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften systematisch verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen. ~~Den Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn, sondern auch von Erfolgskriterien von Social Start-ups abhängig machen.~~ Wir wollen den Gruendungszuschuss der Arbeitsagenturen auch fuer erfolgversprechende Sozialunternehmen ermöglichen, die nicht Gewinnerzielung, sondern die Lösung von sozialen oder ökologischen Problemen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen.Nicht genutzte Guthaben auf verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbansprüche vorhanden sind – für einen Fonds

Begründung

Der Grossteil der Unternehmen der "social economy" haben keine Gewinnerzielungs-Absicht. Sie stellen das öffentliche Interesse, Gemeingüter, das Gemeinwohl, Gemeinnützigkeit, Fürsorge und Daseinsvorsorge, soziale Verantwortung, Werte, nicht eigennützig Profit für die Eigentümer in den Mittelpunkt ihres Handelns.

Darueberhinaus decken sie ihre Kosten meist nicht oder nicht alleine durch Preise auf Basis von individuellen, frei verhandelten "quid pro quo" Verträgen. Stattdessen decken sie ihre Kosten gemeinschaftlich, zum Beispiel aus Mitglieds-Beiträgen, aus Spenden, aus ehrenamtlicher Tätigkeit oder auch aus Steuermitteln, in denen das strikte Geld gegen Ware oder Dienstleistung aufgebrochen wird ("neudeutsch hybrid finance"). Sie verfolgen sie diese Ziele unmittelbar und nicht als Ergebnis der unsichtbaren Hand des freien Marktes, des autoritären Mystizismus einer Preiskoordination von eigennützigen Interessen. Sie versteht Gemeinwohl als explizites Ergebnis eines offenen, transparenten, demokratischen, solidarischen, gemeinschaftlichen Meinungsbildungs-Prozesses und nicht als Aufsummierung des mit Preisen bewerteten gesellschaftlichen "Ausstoßes" von Waren und Dienstleistungen. Das Angebot orientiert sich solidarisch an den Bedürfnissen statt an der mit Kaufkraft gemessenen Nachfrage.

Die im Programm gewaehlte Formulierung wird dem Kerngedanken der "Social economy" nicht gerecht, es geht genau nicht um Gewinn-Erzielung auf Basis von Preisen für Produkte oder Dienstleistungen in einem wettbewerblichen Entdeckungsverfahren.

weitere Antragsteller*innen

Sandra Schneeloch (KV Köln); Agnes Fuge (KV Frankfurt); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Jan Ovelgönne (KV Hochsauerland); Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei); Gabriele Raasch (KV Schwerin); Hannah Heller (KV Speyer); Eleonore Bausch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Nicole Rudner (Berlin-

Kreisfrei KV); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Hans Joachim Lehnert (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Margot Böhm (KV Nordfriesland); Rebecca Griffin-Oestreich (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Martin Krause (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Andreas Müller (KV Essen); Wolfgang Remmers (KV Berlin-Kreisfrei); Chris Cranz (KV Köln); Volker Beer (KV Borken); Steffen Prohaska (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Judith Bogner (KV Mühldorf); Markus Silberschmidt (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tim Schlößer (KV Aachen); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Alexander Görne-Zagel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Annemarie Struß-von Poellnitz (KV Bremen-Nordost)